Niederschrift
über die 39. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 20. August 2020, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Petra Ullrich, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Anja Möller, Mitglied, SPD
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU
Valentino Lipardi, Mitglied, CDU
Brigitte Thiel, Mitglied, CDU
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke
Volker Berkhout, Mitglied, Piraten (Vertretung für Matthias Nölke)
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Freie Wähler (WfK)

Teilnehmer mit beratender Stimme
Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung
Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Richard Klock, Mitglied, AfD
Gerd Walter, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Klaus Nenninger, Vertrauensperson Bürgerbegehren „Rettet den Karlsplatz“
Heinz Jacob, Bestattungsinstitut Kracheletz
Julia Funke, Rechtsamt
Dr. Johanna Jöns, Rechtsamt
Jennifer Kellotat, Rechtsamt
Dr. Johannes Kuntze, Rechtsamt

Tagesordnung:

1.	**Städtische Werke Energie + Wärme GmbH Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages**	101.18.1776
2.	**Bürgerbegehren "Rettet den Karlsplatz"**	101.18.1786
3.	**Stadtpolizei**	101.18.1692
4.	**Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie**	101.18.1708
5.	**Waffenbörse**	101.18.1736
6.	**Körperliche und verbale Gewalt gegen KVG-Kontrolleure**	101.18.1744
7.	**Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren - politisch motivierte Gewalt verurteilen**	101.18.1745
8.	**Videoüberwachung Obere Königsstraße**	101.18.1747
9.	**Kündigung Markthallen-GmbH**	101.18.1750
10.	**Videoüberwachung 2020**	101.18.1754
11.	**Politisch und religiös motivierter Extremismus in Kassel**	101.18.1761
12.	**Anlauf- und Beratungsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit**	101.18.1789

Es ist beabsichtigt, nachfolgenden Tagesordnungspunkt in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln:

13.	**Zivilrechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt a. M. (Az. 15 U 108/18) wegen Zahlungsansprüchen eines Dienstleisters für Geschwindigkeitsmessungen hier: Abschluss eines Vergleichs**	101.18.1782

2. stellvertretende Vorsitzende Ullrich eröffnet die mit der Einladung vom 13. August 2020 ordnungsgemäß einberufene 39. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

2. stellvertretende Vorsitzende Ullrich teilt mit, dass sie beabsichtigt, die Tagesordnungspunkte

4 betr. Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie
und
12 betr. Anlauf- und Beratungsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam aufzurufen.

Wegen entschuldigter Abwesenheit der AfD-Fraktion werden die Tagesordnungspunkte

6 betr. Körperliche und verbale Gewalt gegen KVG-Kontrolleure,
7 betr. Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren – politisch motivierte Gewalt verurteilen
und
11 betr. Politisch und religiös motivierter Extremismus in Kassel

von der Tagesordnung abgesetzt und für die nächste Sitzung des Ausschusses vorgemerkt.

2. stellvertretende Vorsitzende Ullrich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH
Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1776 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Dem Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages mit der Städtische Werke Energie+Wärme GmbH (EWG) wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs zugestimmt.

2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: FDP+FW+Piraten, WfK
Enthaltung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Vorlage des Magistrats betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, wird **zugestimmt.**

- **Änderungsantrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten**

Der anliegende Vertragsentwurf wird in folgenden Punkten geändert:
§ 5, Absatz 2, Gestattungsentgelt wird geändert in:

(1) Ein jährliches Gestattungsentgelt beträgt **0,0002** Cent / kWh pro gelieferter kWh Wärmeabgabe zzgl,. gesetzlicher Umsatzsteuer [].
(2) § 5, Abatz 2, Beginn der Konzessionsgebühr wird geändert in:
[] ab 01.01.**2021**.
(3) § 9, Absatz 1, Satz 2 Vertragsdauer wird geändert in:
Er hat eine Laufzeit von **20 Jahren** und endet mit Ablauf des 31.12.2039.
(Die Verlängerungsoption wird gestrichen.)
(4) § 10, Absatz 1, Stillschweigensvereinbarung wird gestrichen und ersetzt durch Transparenzgebot:
Die Vertragsparteien verpflichten sich **der Stadtverordnetenversammlung und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Kassel Auskunft** über den Inhalt dieses Vertrages sowie über die bei der Durchführung anfallenden Informationen und Sachverhalte zu gewähren.
Abschnitt 3 wird geändert in:
Absätze 1 und 2 dieser Vorschrift gelten nicht, wenn den Vertragsparteien gesetzlich die Weitergabe von Informationen verwehrt sind.

Der Änderungsantrag wird ziffernweise zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, WfK
Enthaltung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 1 der Vorlage des Magistrats betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, WfK
Enthaltung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 2 der Vorlage des Magistrats betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, WfK
Enthaltung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 3 der Vorlage des Magistrats betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, wird **abgelehnt.**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: FDP+FW+Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, WfK
Enthaltung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 4 der Vorlage des Magistrats betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, wird **abgelehnt.**

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Änderungsantrag.

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

  Punkt 1 wird geändert:

  [..] des beigefügten Entwurfs **mit den Ergänzungen**:
  - **spätestens ab 2025 erfolgt die Fernwärmeproduktion ohne Einsatz von Kohle, spätestens ab 2030 ohne fossile Energieträger.**
  - **alle B-Pläne erhalten ein Anschluss- und Nutzungsgebiet an Nah. Und Fernwärmenetze, die bis an das beplante Gebiet reichen**

  zugestimmt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, WfK
Ablehnung: SPD, CDU
Enthaltung: B90/Grüne, FDP+FW+Piraten
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zur Vorlage des Magistrats betr. Städtische Werke Energie + Wärme GmbH Abschluss eines Fernwärmegestattungsvertrages, 101.18.1776, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

2. Bürgerbegehren "Rettet den Karlsplatz"
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1786 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das am 3. Juli 2020 eingereichte Bürgerbegehren „Rettet den Karlsplatz“ wird zugelassen.

2. Ein Sachbeschluss mit dem Inhalt des Bürgerbegehrens wird nicht gefasst. Insoweit verbleibt es bei dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Mai 2020 – Vorlage Nr. 101.18.1512 -.

3. Am 6. Dezember 2020 wird ein Bürgerentscheid mit der Fragestellung durchgeführt: „Sind Sie dafür, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Kassel vom 11. Mai 2020, Vorlage Nr. 101.18.1512 (Neubau eines documenta-Instituts) zur Bebauung der Oberen Karlsstraße (Parkplatz) mit dem documenta-Institut aufzuheben?

2. stellvertretende Vorsitzende Ullrich gibt das Wort an Klaus Nenninger, Vertrauensperson des Bürgerbegehrens. Er erläutert den Standpunkt der betroffenen Kaufleute zur Bebauung des Karlsplatzes.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion WfK, die ziffernweise Abstimmung.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 1 der Vorlage des Magistrats betr. Bürgerbegehren "Rettet den Karlsplatz", 101.18.1786, wird **zugestimmt.**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: WfK
Enthaltung: Kasseler Linke
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 2 der Vorlage des Magistrats betr. Bürgerbegehren "Rettet den Karlsplatz", 101.18.1786, wird **zugestimmt.**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: WfK
Enthaltung: Kasseler Linke
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 3 der Vorlage des Magistrats betr. Bürgerbegehren "Rettet den Karlsplatz", 101.18.1786, wird **zugestimmt.**

Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion WfK, bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen.

- **Änderungsantrag der Fraktion WfK**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das am 3. Juli 2020 eingereichte Bürgerbegehren „Rettet den Karlsplatz“ wird zugelassen.

2. Ein Sachbeschluss mit dem Inhalt des Bürgerbegehrens wird ~~nicht~~ gefasst. Insoweit verbleibt es bei dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Mai 2020 – Vorlage Nr. 101.18.1512 -.

3. ~~Am 6. Dezember 2020 wird ein Bürgerentscheid mit der Fragestellung durchgeführt: „Sind Sie dafür, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Kassel vom 11. Mai 2020, Vorlage Nr. 101.18.1512 (Neubau eines documenta- Instituts) zur Bebauung der Oberen Karlsstraße (Parkplatz) mit dem documenta- Institut aufzuheben?~~

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke, WfK
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP+FW+Piraten
Enthaltung: --
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion WfK zur Vorlage des Magistrats betr. Bürgerbegehren "Rettet den Karlsplatz", 101.18.1786, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

3. Stadtpolizei
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1692 -

Anfrage

In der HNA am 14. April 2020 wurde berichtet, dass die Stadt Kassel als neue Komponente innerhalb des Ordnungsamtes den Bereich Stadtpolizei eingeführt habe.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Hilfspolizeibeamt*innen sind für die Stadtpolizei tätig?
2. Welche Ausbildung durchlaufen die Hilfspolizeibeamt*innen der Stadtpolizei?
3. Trifft es zu, dass mit der Umbenennung in „Stadtpolizei“ keine Änderung der Rechtsgrundlagen, der Aufgaben und der Kompetenzen der Hilfspolizei verbunden ist?
4. Aus welchem Haushaltsprodukt werden die vier neu angeschafften Einsatzfahrzeuge finanziert?
5. Welche Kosten sind für die Neuanschaffung entstanden?
6. Wurde in Erwägung gezogen, ergänzend oder alternativ zu den Einsatzfahrzeugen Einsatzfahrräder anzuschaffen?
7. Hat eine Abstimmung mit dem Stadtteilbüro Wesertor stattgefunden, dass an den Sprechterminen neben Polizeibeamt*innen auch Hilfspolizeibeamt*innen teilnehmen werden?
8. Steht die Umfirmierung der kommunalen Vollzugsbehörde zur Stadtpolizei nach Ansicht des Magistrats im Einklang mit den zentralen Punkten zur Erstellung eines sicherheitspolitischen Konzeptes gemäß des Beschlusses 101.18.481 aus dem Mai 2017?
9. Wann ist mit der Vorlage des sicherheitspolitischen Konzeptes der Stadt Kassel zu rechnen?

Stadtverordneter Dr. Jürgens, Fraktion B90/Grüne, erläutert die Anfrage. Diese und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder werden von Stadtrat Stochla beantwortet.

Die Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt die 2. stellvertretende Vorsitzende Ullrich die Anfrage für erledigt.

Die Tagesordnungspunkte 4 und 12 werden gemeinsam aufgerufen.

4. Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.1708 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie zu entwickeln und im Ausschuss Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen.

Stadtverordneter Sprafke, SPD-Fraktion, bringt folgenden geänderten Antrag seiner Fraktion ein und begründet diesen.

- **Geänderter Antrag vom 12. August 2020**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine Anlauf- und Beratungsstelle für **Menschenrechte, Demokratie, Vielfalt und Chancengleichheit** zu entwickeln und im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen.
>
> **Diese Stelle soll auch gemäß den Merkmalen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) Diskriminierung entgegenwirken. Darüber hinaus soll das Aufgabenspektrum der Stelle im Sinne des Empowerments für eine gerechte, vielfältige und offene Stadtgesellschaft weiterentwickelt werden. Um Parallel-Prozesse zu vermeiden, sollte ein entsprechendes Konzept im Kontext des Beschlusses 101.18.1691 „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ vom 29.06.2020 und des skizzierten Aktionsplans erarbeitet werden. Die Berücksichtigung von mehreren Dimensionen von Benachteiligungen ist ein Anspruch der Charta.**

Im Rahmen der Diskussion übernimmt Stadtverordneter Sprafke, SPD-Fraktion, den Vorschlag der Fraktion B90/Grüne, die Worte „Menschrechte, Demokratie“ zu streichen und den Vorschlag der Fraktion Kasseler Linke, einen weiteren Absatz anzufügen, und ändert den geänderten Antrag seiner Fraktion wie folgt ab.

- **Geänderter Antrag vom 20. August 2020**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine Anlauf- und Beratungsstelle für **Vielfalt und Chancengleichheit** zu entwickeln und im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen.
>
> **Diese Stelle soll auch gemäß den Merkmalen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) Diskriminierung entgegenwirken. Darüber hinaus soll das Aufgabenspektrum der Stelle im Sinne des Empowerments für eine gerechte, vielfältige und offene Stadtgesellschaft weiterentwickelt werden. Um Parallel-Prozesse zu vermeiden, sollte ein entsprechendes Konzept im Kontext des Beschlusses 101.18.1691 „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ vom 29.06.2020**

und des skizzierten Aktionsplans erarbeitet werden. Die Berücksichtigung von mehreren Dimensionen von Benachteiligungen ist ein Anspruch der Charta.

Die Anlauf- und Beratungsstelle orientiert sich weitestgehend an den Standards für eine qualifizierte Antidiskriminierungsberatung des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd).

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten, WfK
Ablehnung: CDU
Enthaltung: --
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion betr. Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie, 101.18.1708, wird **zugestimmt.**

- **Änderungsantrag der AfD-Fraktion**

  Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie zu entwickeln und im Ausschuss Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen. **Darüber hinaus wird der Magistrat gebeten, Vertreter des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Hessen und des Hessischen Landeskriminalamtes (HLKA) in die betreffende Ausschusssitzung einzuladen, welche die Ausschussvertreter der Fraktionen über Erscheinungsformen des politischen und religiösen Extremismus in Kassel aufklären sollen.**

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: --
Ablehnung: einstimmig
Enthaltung: --
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion betr. Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie, 101.18.1708, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Jürgens

12. Anlauf- und Beratungsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1789 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Anlauf- und Beratungsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit einzurichten.

Die Anlauf- und Beratungsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit soll gemäß den Merkmalen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Diskriminierung entgegenwirken.

Darüber hinaus soll das Aufgabenspektrum der Anlauf- und Beratungsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit im Sinne des Empowerments für eine gerechte, vielfältige und offene Stadtgesellschaft weiterentwickelt werden. Um Parallel-Prozesse zu vermeiden, sollte ein entsprechendes Konzept im Kontext des Beschlusses 101.18.1691 „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ vom 29.06.2020 und des darin skizzierten Aktionsplans erarbeitet werden. Die Berücksichtigung mehrerer Dimensionen von Benachteiligungen ist ein Anspruch der Charta.

Im Rahmen der Diskussion zieht Stadtverordnete Tesfaiesus, Fraktion B90/Grüne, den Antrag zurück.

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

5. Waffenbörse
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.1736 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

6. Körperliche und verbale Gewalt gegen KVG-Kontrolleure
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1744 -

Abgesetzt

7. Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren - politisch motivierte Gewalt verurteilen
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.1745 -

Abgesetzt

8. Videoüberwachung Obere Königsstraße
Antrag der WfK-Fraktion
- 101.18.1747 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

9. Kündigung Markthallen-GmbH
Antrag der WfK-Fraktion
- 101.18.1750 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

10. Videoüberwachung 2020
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1754 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

11. Politisch und religiös motivierter Extremismus in Kassel
Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.18.1761 -

Abgesetzt

12. Anlauf- und Beratungsstelle für Vielfalt und Chancengleichheit
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1789 -

Der Antrag wurde vorgezogen und zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4 zur Beratung aufgerufen.

Der Magistrat beantragt, den **Tagesordnungspunkt 13** betr. **Zivilrechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt a. M. (Az. 15 U 108/18) wegen Zahlungsansprüchen eines Dienstleisters für Geschwindigkeitsmessungen** in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Eine Begründung des Ausschlusses der Öffentlichkeit wird nicht gewünscht.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: AfD
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag des Magistrats, den **Tagesordnungspunkt 13** in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln, wird **zugestimmt**.

Somit wird der **Tagesordnungspunkt**
13. Zivilrechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt a. M. (Az. 15 U 108/18) wegen Zahlungsansprüchen eines Dienstleisters für Geschwindigkeitsmessungen
hier: Abschluss eines Vergleichs
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1782 -

in nicht öffentlicher Sitzung behandelt wird. Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils: 18:30 Uhr

Petra Ullrich
2. stellvertretende Vorsitzende

Sabine John
Schriftführerin

Anlage zu TOP 3

Ordnungsamt
-32-

Kassel, 16. Juni 2020
Herr Krebs
Tel. 7065

Stadt Kassel – Magistrat
Dezernat III
Eing. 16. Juni 2020
☐-32- ☐-36- ☐-37- ☐-66- ☐-70-

Hauptamt
Eing.: 01. Sep. 2020
☐-I- ☐-II- ☐-III- ☐-IV- ☐-V- ☐-VI-
☐-100- ☒-101- ☐-102- ☐-103-
B 0.119

An

- III -

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 18. Mai 2020 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
Vorlage Nr. 101.18.1692 – Stadtpolizei

Fragesteller: Stadtverordneter Dr. Andreas Jürgens

Anfrage:

In der HNA am 14. April 2020 wurde berichtet, dass die Stadt Kassel als neue Komponente innerhalb des Ordnungsamtes den Bereich Stadtpolizei eingeführt habe. Dazu fragen wir den Magistrat:

1. Wie viele Hilfspolizeibeamt*innen sind für die Stadtpolizei tätig?

   Antwort:
   Im Stellenplan sind 24 Stellen ausgewiesen. Davon sind aktuell 23 Stellen besetzt.

2. Welche Ausbildung durchlaufen die Hilfspolizeibeamt*innen der Stadtpolizei?

   Antwort:
   Die notwendigen Kenntnisse werden in einem Grundlehrgang für Hilfspolizeibeamtinnen/-beamte beim Hess. Verwaltungsschulverband sowie in speziellen Aufbaulehrgängen vermittelt.

3. Trifft es zu, dass mit der Umbenennung in „Stadtpolizei" keine Änderung der Rechtsgrundlagen, der Aufgaben und der Kompetenzen der Hilfspolizei verbunden ist?

   Antwort:
   Ja. Im Übrigen wird zu den Befugnissen und zur Ausbildung auf die Ausführungen in der HNA vom 29. Mai 2020 (S. 6 der Stadtausgabe) verwiesen.

4. Aus welchem Haushaltsprodukt werden die vier neu angeschafften Einsatzfahrzeuge finanziert?

   Antwort:
   Die Finanzierung wird aus dem Produkt 12210 Kommunaler Vollzugsdienst erfolgen.

5. Welche Kosten sind für die Neuanschaffung entstanden?

   Antwort:
   Für die Beschaffung der Einsatzfahrzeuge werden Kosten in Höhe von ca. 167.800 € entstehen.

6. Wurde in Erwägung gezogen, ergänzend oder alternativ zu den Einsatzfahrzeugen Einsatzfahrräder anzuschaffen?

   Antwort:
   Ergänzend zu Einsatzfahrzeugen stehen den Einsatzkräften drei Elektrofahrräder zur Verfügung. Im Hinblick auf die wahrzunehmenden Aufgaben können die Fahrzeuge nicht durch Fahrräder ersetzt werden.

7. Hat eine Abstimmung mit dem Stadtteilbüro Wesertor stattgefunden, dass an den Sprechterminen neben Polizeibeamt*innen auch Hilfspolizeibeamt*innen teilnehmen werden?

   Antwort:
   Die Abstimmung erfolgt federführend durch die Polizei.

8. Steht die Umfirmierung der kommunalen Vollzugsbehörde zur Stadtpolizei nach Ansicht des Magistrats im Einklang mit den zentralen Punkten zur Erstellung eines sicherheitspolitischen Konzeptes gemäß des Beschlusses 101.18.481 aus dem Mai 2017?

   Antwort:
   Die dem Oberbürgermeister als allgemeine Ordnungsbehörde bzw. Kreisordnungsbehörde zugewiesenen Aufgaben der Gefahrenabwehr werden als Auftragsangelegenheiten in alleiniger Verantwortung des Oberbürgermeisters wahrgenommen (§ 4 Abs. 2 S. 3 Hess. Gemeindeordnung) und fallen damit nicht in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung.

9. Wann ist mit der Vorlage des sicherheitspolitischen Konzeptes der Stadt Kassel zu rechnen?

   Antwort:
   Hier wird auf die Antwort zu Nr. 8 verwiesen.

Ulrich Krebs